



## Presseschau vom 06.04.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Nachts:

News-front.info: Der ukrainische Putsch-Präsident Poroschenko hat am 2. April ein Gesetz unterschrieben, dass künftig Filme mit einem positiven Russlandbild verbietet. Damit nimmt die ukrainische Regierung deutlichen Einfluss auf die ukrainische Sichtweise des Nachbarlandes. Das Parlament hat das Gesetz auf Vorlage der Regierung bereits verabschiedet. Wer ein «positives Bild von Angestellten des Aggressorstaates» zeichnet, muss demnach mit einer Geldstrafe rechnen.

Die Führung in Moskau kritisiert einen zunehmenden «Russenhass» in dem Nachbarland. Zuvor hatte das pro-westliche Regime dort auch russisches Fernsehen verboten. Der Nationale Rat für Fernsehen und Hörfunk veröffentlichte Anfang September eine Liste mit 15 russischen Fernsehsendern, die in der Ukraine verboten sind. Dazu gehören der «Erste Kanal. Weltnetzwerk», «RTR-Planeta», «NTV-Mir», «Rossija-24», TVCI, «Rossija-1», NTV, TNT, «Petersburg-5», «Zwesda», Ren TV, RBC-TV, «Life News», «Russia Today» und «Istorija» («Geschichte»).

Zudem sind mehr als ein Dutzend russischer Künstler mit Einreiseverboten belegt. Das «Wahrheitsministerium» in Kiew arbeitet an einem System, nach dem künftig auch Bücher in russischer Sprache für den ukrainischen Markt lizenziert werden sollen. Erstaunlich, dass es noch keine Bücherverbrennung gab — wird aber sicher bald kommen. Zuletzt wurde schon EuroNews die Sendelizenz entzogen.

Die EU, die USA und das ukrainische Regime wissen genau, dass dieses Verbot die ukrainische Gesellschaft noch tiefer spalten wird.

Solche Meldungen bestätigen wieder und wieder, dass es tatsächlich für die Ukrainer mit russischen Wurzeln unter der pro-westlichen Führung nichts mehr zu lachen geben wird. In jedem anderen Land, insbesondere in solchen, die der Westen sowieso kritischer sieht, würde man mit einem Aufschrei reagieren, wenn einer großen ethnischen Minderheit Sprache und Kultur per staatlichem Verbot entzogen werden würde. Hier aber scheint es niemanden aufzuregen, wir geben Poroschenko sogar gerne jede Menge Geld, damit er endlich seine Armee schlagkräftiger machen kann, dazu offensichtlich auch für ukrainische Propaganda, aber nur für die reinrassigen Einwohner, versteht sich, alle anderen haben sich gefälligst in die zweite Reihe zu stellen. Machen wir uns nichts vor, Europa ist in diesem

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Konflikt jeden Tag ein Stück mehr dabei, die eigenen Werte zu verraten. Übrigens, in der EU (auch in der Schweiz) gibt es auch und schon längst keine Filme mit einem positiven Russlandbild.

**Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte haben heute Abend massives Artilleriefeuer auf den Donezker Flughafen und die Ortschaft Oktjabrskij eröffnet, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.**

**„Im Gebiet des Donezker Flughafens und der Ortschaft Oktjabrskij haben die ukrainischen Truppen das Feuer aus Artilleriewaffen des Kalibers 152 mm eröffnet. In der Folge des Beschusses geriet ein Dach eines der Wohnhäuser von Oktjabrskij in Brand“.**

**An den Orten sind in einem Notfalleinsatz operative Einheiten des Zivilschutzministeriums der DVR. „Zur Zeit arbeiten unsere Mitarbeiter am Ort des Geschehens, der Brand wurde geortet“, wurde aus dem Zivilschutzministerium berichtet.**

**Nach vorläufigen Angaben gibt es keine Opfer. Über Verletzte liegt keine Information vor.**

**News-front.info: Merkel und Jazenjuk demonstrieren Einigkeit**

Beim Besuch des ukrainischen Premierministers in Berlin demonstrieren Merkel und Jazenjuk Einigkeit. Der Besuch aus Kiew bekommt lobende Worte mit auf den Weg. Dennoch sind es besonders die Mahnungen, die Jazenjuk im Gedächtnis bleiben dürften. Die Ukraine hofft im Konflikt mit Russland auf noch mehr westliche Unterstützung und kann dabei auf Hilfen Deutschlands für den wirtschaftlichen Aufbau zählen. Kanzlerin Angela Merkel sprach bei einem Treffen mit Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk von «beachtlichen Reformschritten». Dies verbessere die Möglichkeiten für ausländische Investitionen. Sie mahnte zugleich eine Umsetzung des vereinbarten Friedensplans für die Ostukraine an. Im Konfliktgebiet sei es «sicherlich ruhiger» geworden, sagte Merkel. Der in Minsk vereinbarte Waffenstillstand sei aber noch nicht voll hergestellt, die Transparenz beim Abzug schwerer Waffen reiche nicht.»

«Die Ukraine hat sich auf den Weg zu einem wirtschaftlich erfolgreichen und transparenten Land gemacht. Die Kanzlerin würdigte vor allem die Arbeit der Rada (das ukrainische Parlament), die in sehr kurzer Zeit bereits «Beachtliches» geleistet habe. Diese Erfolge würden zu mehr ausländischen Investitionen beitragen. Und diese würden die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine voranbringen. ...» (bundesregierung.de, 1.4.15)  
Merkels Äußerungen wurden einen Tag später nicht als Aprilscherz dementiert.

News-front.info: "Ich glaube nicht an die Waffenruhe" - kurzes Video mit deutschen Untertiteln

<iframe width="640" height="360"

src="https://www.youtube.com/embed/HMQnRvZeRX4?feature=player\_embedded" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

[https://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=HMQnRvZeRX4](https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=HMQnRvZeRX4)

**vormittags:**

**Lug-info.com: Eine Initiativgruppe von Abgeordneten des Volkssowjets der LVR hat vorgeschlagen, die Kommunalwahlen im November 2015 durchzuführen.**

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

„Wir schlagen vor, als Datum für die Durchführung der Kommunalwahlen in unseren Republiken (LVR und DVR) den 2. November 2015 festzulegen. Ein Jahr vor diesem Datum, am 2. November 2014, haben wir Wahlen zu den Republikoberhäuptern und zu den Abgeordneten des Volkssowjets durchgeführt, die ohne jede Störungen unter Anwesenheit internationaler Beobachter, unter Beachtung aller Prinzipien der Demokratie stattfanden“, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Oleg Akimow.

Als das Haupthindernis für die Durchführung von Wahlen auf dem Territorium des Donbass nannte der Abgeordnete den Unwillen der Kiewer Regierung einen friedlichen Dialog zu führen.

Nach seiner Meinung muss die Oberste Rada der Ukraine die Entscheidung aufheben, die am 17. März gefasst wurde, und zur Erörterung der Fragen der Durchführung von Wahlen mit Vertretern der Republiken kommen, entsprechend den Punkten 4, 12 und 13 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Akimow unterstrich auch, dass die Parlamentarier der LVR bereit zur Erörterung der Modalitäten der Wahlen sind und äußerte die Hoffnung auf eine schnelle Antwort aus Kiew. Zu der Initiativgruppe gehören sieben Abgeordnete des Volkssowjets der LVR.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden sind 21 Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt worden, darunter ein Artilleriebeschuss. Dreizehn mal wurde das Feuer mit Granatwerfern eröffnet, zwei mal mit Panzerwaffen“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Unter intensivem Feuer der ukrainischen Seite befanden sich die Ortschaften Spartak, Schirokino, Signalnoje, Kalinowka, Shobyunki sowie Gorlowka, der Donezker Flughafen und das Bergwerk Oktjabrskaja.

Im Verteidigungsministerium wurde angemerkt, dass das Feuer auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte nicht erwidert wurde. Informationen über Verletzte und der Zivilbevölkerung und den Milizen gibt es bisher nicht.

Ebenfalls teilte das Verteidigungsministerium mit, dass „die ukrainische Seite die Versuche von Panzerangriffen nicht einstellt, es wurden zwei davon festgestellt“.

de.sputniknews.com: Das geplante ukrainische Gesetz, das die kommunistische Ideologie faktisch mit dem Nazismus gleichsetzen soll, ist in Moskau auf scharfe Kritik gestoßen. Ein Beamter des russischen Außenministeriums wirft Kiew einen zynischen Verstoß gegen das Völkerrecht vor. Ein Politik-Experte bietet unterdessen eine Erklärung für Kiews Entscheidung.

„Kiew will nun den Kommunismus und den Nazismus offiziell gleichsetzen“, twitterte der Menschenrechtsbeauftragte des russischen Außenministeriums, Konstantin Dolgow. Er bescheinigte der ukrainischen Führung eine „zynische Position“ und einen Verstoß gegen das Völkerrecht, darunter auch gegen die Entscheidungen von Nürnberg. „Die EU und die USA dürfen das nicht mehr ignorieren“, mahnte Dolgow.

Der ukrainische Justizminister Pawel Petrenko hatte im ukrainischen Fernsehen angekündigt: „In nächster Zeit, und zwar zum 9. Mai, soll das Parlament ein Gesetzespaket zur Entkommunisierung verabschieden. Wir hätten das bereits vor 20 Jahren tun sollen.“ Das derzeitige Parlament habe den politischen Willen und eine genügende Stimmenmehrheit, um „einen Schlussstrich unter die kommunistische Schleppe zu ziehen, die seit 20 Jahren hinter der Ukraine schleift“, so Petrenko.

Die entsprechenden Gesetzentwürfe stammen vom ukrainischen Kabinett. Einer davon heißt „Zur Verurteilung des kommunistischen und des national-sozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und zum Verbot ihrer Symbolik“.

Erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion gibt es im ukrainischen Parlament derzeit keine Kommunisten. Zuvor war die Kommunistische Partei ein politischer Partner des damaligen Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Präsidenten Viktor Janukowitsch gewesen. Seit dessen Sturz wurden Denkmäler für Wladimir Lenin in manchen ukrainischen Städten abgerissen, Büros der Kommunistischen Partei attackiert. Auf eine Ächtung der Kommunisten drängte insbesondere die nationalistische Partei Swoboda.

Die Regierung in Kiew wirft den Kommunisten vor, den prorussischen Separatismus im Osten der Ukraine zu unterstützen. Justizminister Petrenko forderte vom Inlandgeheimdienst SBU eine Untersuchung, um zu klären, ob der Parteichef der Kommunisten, Petro Simonenko, in die „Unterstützung des Terrorismus“ verwickelt ist. Als terroristisch bezeichnet Kiew die abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk.

Der SBU will außerdem wissen, wozu Simonenko eine Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation besucht hatte. Simonenko steht auch im Verdacht, mit seinen Äußerungen im russischen Fernsehen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine verstoßen zu haben. Am Montag erschien er in diesem Zusammenhang zu einem Verhör in Kiew, wie die Agentur Ria Novosti meldete. Simonenko sagte vor Journalisten: „Es ist für alle offensichtlich, dass man derzeit erneut versucht, mit der Kommunistischen Partei abzurechnen.“

Der russische Politik-Experte Alexej Makarkin kommentierte in einem Gespräch mit der Onlinezeitung Gazeta.ru, vom Antikommunismus erhoffe sich Kiew eine Annäherung an Europa: „Faschismus und Kommunismus werden in Europa immer öfter als zwei Seiten des Totalitarismus betrachtet. Wenn die ukrainische Führung die Kommunisten kritisiert und eine antikommunistische Politik betreibt, distanziert sie sich immer mehr von Russland. Obwohl die kommunistische Ideologie in Russland ihre Dominanz längst verloren hat, wird Russland mit dieser Ideologie nach wie vor in Verbindung gebracht.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30178/76/301787603.jpg>

rusvesna.su: In Schirokino schoss die ukrainische Armee auf ein Auto der Volksmiliz. Um 5 Uhr morgens des 6. April beschossen ukrainische Soldaten aus einem Maschinengewehr ein Fahrzeug, das Angehörige der Armee der DVR transportierte. Im Ergebnis wurden zwei Volksmilizionäre verletzt. Den Vorfall gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums der DVR E. Basurin bekannt.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Lug-info.com: Kiewer Truppen haben Positionen der Volksmiliz der LVR mit großkalibrigen Granatgeschützen beschossen. Dies teilte auf einer Pressekonferenz der Leiter des Stabes der Volksmiliz der LVR Sergej Koslow mit.

„Am 5. April um 19 Uhr haben Abteilungen der Streitkräfte der Ukraine aus Richtung der Ortschaft Solotoje fünf mal den westlichen Rad der Ortschaft Golobowka aus 120-mm-Granatgeschützen beschossen“, sagte er.

Nach den Worten Koslow beschossen die ukrainischen Streitkräfte 45 Minuten später die Positionen der Volksmiliz bei Golubowka.

„Weitere 20 Minuten lang wurden sechs Schüsse mit dem gleichen Kaliber abgegeben. Todesopfer, Verletzte und Zerstörungen gibt es nicht“, sagte Koslow.

Lug-info.com: Soldaten der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die bei der Explosion ihres Lastwagens im Gebiet der Stadt Stschastje getötet wurden, haben eine Sprengung der Brücke über den Sewerskij Donez vorbereitet. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz der Leiter des Stabes der Volksmiliz der LVR Sergej Koslow mit.

„Gestern, am 5. April um 9:30 erfolgte bei der Überfahrt einer Abteilung der 92. Brigade der Streitkräfte der Ukraine im Bereich der Brücke über den Serwerskij Donezk bei Stschastje auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium eine Explosion eines Lastwagens, der Soldaten transportierte. So haben es Massenmedien der Ukraine im Internet mitgeteilt“, sagte er.

Nach den Worten Koslows waren drei Versionen des Geschehens zu hören.

„Die erste - die Explosion des Fahrzeugs erfolgte durch eine zuvor von „Terroristen“ verlegte Sprengmine am Weg. Jedoch ist die Wegstrecke, auf der die Sprengmine verlegt war, offen und unbeobachtet, eine Sprengmine zu verlegen ist unmöglich, das bestätigen Fotos des genannten Abschnitts“, sagte der Leiter des Stabes.

Gemäß der zweiten Version, wurde das Fahrzeug in Folge der Anwendung einer Antipanzerrakete von den Positionen auf dem Gebiet der LVR vernichtet.

„Wenn man das Relief der Örtlichkeit berücksichtigt, ein Waldmassiv auf dem Weg der möglichen Raketenflugbahn, die Strecke bis zu unseren Positionen – das sind ca. 3,5 km – ist die Anwendung des angegebenen Typs von Waffen von der Positionen unserer Abteilungen aus technischen Gesichtspunkten nicht zweckmäßig“, erklärte Koslow.

Nach der dritten Version wurde das Fahrzeug durch die Fahrt auf eine Mine vernichtet, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verlegt wurde.

„Kommentare sind da überflüssig, das hätte alles sein können“, sagte der Leiter des Stabes der Volksmilizen.

Er sagte, dass die Volksmiliz über andere Informationen bezüglich des Geschehens bei der Stadt Stschastje verfügt.

„Zu dieser Zeit haben zwei km östlich unsere Mitarbeiter am Wiederaufbau einer Stromleitung gearbeitet. Dort befanden sich eine Brigade von Elektrikern und eine Gruppe unserer Rettungskräfte. Sie bestätigen die Explosion, die um 9:30 auf dem vom Gegner kontrollierten Territorium erfolgt ist“, erzählte Koslow.

„Aber nach unserer Information haben Abteilung der ukrainischen Streitkräfte Maßnahmen zur Vorbereitung einer Sprengung der Brücke durchgeführt. Deshalb geschah etwas in dem Fahrzeug, das die Munition transportierte, etwas geschah nicht, wie es sollte und die Explosion erfolgte zu früh“, erklärte der Leiter des Stabes.

Er erinnerte daran, dass die Brücke über den Sewerskij Donezk bei Staniza Luganskaja zweimal auf analoge Weise gesprngt wurde.

„All dies spricht dafür, dass der Gegner einen Bruch der Minsker Vereinbarungen braucht. Deshalb ist alles auf eine Provokation ausgerichtet“, sagte Koslow.

**Nutzungshinweis:**

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

de.sputniknews.com: Der ukrainische Parlamentsabgeordnete Dmitri Jarosch, Gründer und Chef der rechtsextremen Gruppe Rechter Sektor (Prawy Sektor), wird Berater des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte, gab das Verteidigungsministerium der Ukraine bekannt.

Eine entsprechende Vereinbarung zwischen Jarosch und dem ukrainischen Generalstabschef Viktor Muschenko sei bereits getroffen worden.

Zuvor hatte Jarosch nicht ausgeschlossen, dass das ukrainische Freiwilligenkorps DUK des ultranationalistischen Rechten Sektors nach der Annahme eines entsprechenden Gesetzes in die ukrainische Armee eingegliedert wird.

„Beim Schutz des Staates gegen äußere Feinde“ sei DUK tatsächlich bereit, sich der Armeeführung unterzuordnen, heißt es in der Mitteilung. „Generalstabschef Viktor Muschenko und der Führer des ukrainischen Freiwilligenkorps haben sich darauf geeinigt, dass Dmitri Jarosch zum Berater des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte ernannt wird.“

„Rechter Sektor“ ist eine Vereinigung rechtsradikaler und nationalistischer Gruppen. Im Januar und Februar 2014 hatten Kämpfer des Rechten Sektors an den Zusammenstößen mit der Polizei und der Erstürmung von Regierungsgebäuden in Kiew und seit April 2015 an der Unterdrückung der Proteste in der Ostukraine teilgenommen.

Im November 2014 stufte das Oberste Gericht Russlands den Rechten Sektor als extremistische Organisation ein und verbot dessen Aktivitäten in Russland. Im Januar 2015 wurde der Rechte Sektor auf die Liste der Organisationen gesetzt, deren Aktivitäten in Russland untersagt sind. In Russland wurde wegen Terroraufrufen ein Strafverfahren gegen Jarosch eingeleitet. Die Abteilung des Rechten Sektors auf der Krim wurde laut dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB als Terrororganisation eingestuft.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30178/78/301787851.jpg>

Dnr-online.ru: Am 6. April berichtete der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin über die militärische Situation in den letzten 24 Stunden.

„In den letzten 24 Stunden wurden 23 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt, in Gorowka 3, Schirokino 3, Kalinowka 2, am Donezker Flughafen und Umgebung 15. Auf Gorlowka wurde mit Panzern und Granatwerfern geschossen, auf Spartak mit Granatwerfern, Abwehrgeschützen und Schusswaffen“, sagte er.

Eduard Basurin kommentierte die Situation in Schirokino:

„Es wurden Beschüsse mit Artillerie und Panzern festgestellt. Heute um 5 Uhr wurde mit einem Maschinengewehr ein Fahrzeug „Gasel“, in dem sich Soldaten befanden, beschossen. In der Folge der Entzündung des Fahrzeugs erlitten die Soldaten Brandverletzungen mittlerer Schwere. An den Ort des Vorfalles kam die OSZE-Mission, um die Verletzung festzustellen. In der Nacht vom 5. auf den 6. April fiel ein Sprengkörper auf

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

ein Wohnhaus“.

Eduard Basurin erklärte auch, dass Diversionsgruppen Wohngebiete im Gebiet von Gorlowka, Donezk und Schirokino beschießen.

Basurin berichtete auch über die Arbeit der Beobachterposten des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Russlands und der Ukraine.

„Die ukrainische Seite lässt Beobachter des Gemeinsamen Zentrums nicht durch. General Lenzow hat den Abstand der Posten von der Kontaktlinie festgelegt. Von unserer Seite 3400 m, von der ukrainischen Seite 400-4800 m. Sie stellen Verletzungen fest und erstatten im Stab des Gemeinsamen Zentrums Bericht. Danach wird diese Informationen an die OSZE-Vertreter gegeben“, sagte er.

Analoge Posten wurden im Gebiet des Flughafens aufgestellt.

Eduard Basurin kommentierte auch die Ernennung des Vorsitzenden des „Rechten Sektors“ Dmitrij Jarosch zum stellvertretenden Kommandeur des Stabs der „ATO“:

„Die Erklärung, dass alle nationalistischen Bataillone von der Kontaktlinie abgezogen werden, ist wenig glaubhaft. Dort, wo Beschüsse erfolgten, befinden sich sicher nationalistische Bataillone“.

### **nachmittags:**

rusvesna.su: Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko nahm unbezahlten Urlaub. Dies wurde auf der Website der Kiewer Stadtadministration erklärt.

"In Absprache mit dem Präsidenten der Ukraine gehe ich in Familienurlaub für den Zeitraum von 9 Tagen, vom 03. bis zum 11. April 2015 ohne Weiterzahlung der Bezüge", heißt es in dem Dokument.

In den letzten Tagen hatte Klitschko, der als Poroschenko-nah betrachtet wird, wiederholt Drohungen gegen Jazenjuk geäußert und von ihm einen Bericht über die Ausgaben der öffentlichen Mittel eingefordert.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/klichko\\_8.jpg?itok=cbonTWtN](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/klichko_8.jpg?itok=cbonTWtN)

novorosinform.org: Poroschenko schlägt vor, bei Verhängung des Kriegsrechts die Russen in Speziallagern zu internieren.

Die Junta fährt fort, die Welt mit neuen Gesetzen zu überraschen. Angesichts der möglichen Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine stellte der verhasste Präsident „des ganzen Landes“ Pjotr Poroschenko einen Gesetzentwurf „Über die gesetzliche Regelung des Kriegsrechts“ vor, in dem vorgesehen ist, die russischen Bürger des Landes zu internieren. Der vorgeschlagene Text des Gesetzentwurfs wurde durch den Pressedienst der Obersten

### **Nutzungshinweis:**

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Rada veröffentlicht.

„Zu den Maßnahmen der Rechtsordnung im Kriegszustand gehören insbesondere: (...) Artikel 11: Die Internierung (Zwangseinweisung) der Bürger des fremden Staates, der mit einem Angriff droht oder eine Aggression gegen die Ukraine durchführt.“, heißt es in den Anmerkungen zum Gesetzentwurf, berichtet ITAR-TASS.

Als „Begründung“ einer derartigen Regelung wurde die Verschärfung der „politischen Lage im Land“ vorgebracht. Am 27. Januar „erließ“ das Parlament der Ukraine eine Verordnung, die Russland den Status eines Aggressorstaats gibt.

Daher würden im Falle der Annahme von Poroschenkos Entwurf durch die Rada und der anschließenden Verhängung des Kriegsrechts Millionen in der Ukraine lebender Russen in Speziallagern interniert werden.

Darüber hinaus sind laut dem Gesetzentwurf bei Einführung des Kriegsrechts automatisch ein Arbeitsdienst für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Artikel 2), die Möglichkeit der Enteignung von Vermögenswerten (Artikel 3), das Verbot von Zusammenkünften und Kundgebungen (Artikel 4) sowie der Tätigkeit unerwünschter politischer Parteien, die Regulierung der Tätigkeit von Medien usw. vorgesehen.



<http://storage.novorosinform.org/cache/9/7/20150223160033.jpg/w644h387.jpg>

Dan-news.info: Die Arbeit von Diversionsgruppen der ukrainischen Streitkräfte auf dem Territorium der DVR ist auf die Bestätigung lügenhafter Erklärungen der ukrainischen Massenmedien über Beschüsse von Seiten der Milizen gerichtet. Dies erklärte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin.

„Vor zwei Tagen erschien in der Presse eine Mitteilung von ukrainischer Seite, dass wir regelmäßig Wohngebiete in Ortschaften beschießen“, teilte Basurin mit. „Die Arbeit von Diversionsgruppen ist darauf gerichtet, dass ihre Worte bestätigt werden“.

Die Rede war von einem der kürzlich erfolgten Beschüsse der Ortschaft Oktrjabskij in der Nähe des Donezker Flughafens, wo ein Granatgeschoss ein Wohnhaus traf. In der Folge geriet das Dach in Brand. Basurin sagte, dass es durch den Treffer des Wohnhauses keine Verletzten gab, das Dach des Hauses ist zerstört, benachbarte Gebäude wurden beschädigt.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

de.sputniknews.com: Kiew ist laut Präsident Pjotr Poroschenko zu einer Volksabstimmung über den künftigen Staatsaufbau der Ukraine bereit.

„Ich bin dazu bereit, ein Referendum über den Staatsaufbau in die Wege zu leiten“, wenn die Verfassungskommission dies für notwendig halten sollte, äußerte Poroschenko am Montag in der ersten Sitzung der ukrainischen Verfassungskommission. Ukrainisch sei die einzige Amtssprache und werde sie auch weiter sein, fügte er hinzu.

Er zeigte sich überzeugt davon, dass rund 90 Prozent der Ukrainer die Integrität des Landes unterstützen werden.

Die Ukraine-Kontaktgruppe hatte am 12. Februar ein komplexes Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen verabschiedet. Es beinhaltet unter anderem die Vorbereitung und Abhaltung einer Verfassungsreform, die eine Dezentralisierung und Reform der Staatsführung vorsieht.

Am 3. März ordnete Poroschenko die Bildung der Verfassungskommission an, bestätigte später deren Zusammensetzung und erklärte, er erwarte die operative Erarbeitung eines Projektes zur Dezentralisierung der Macht.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30179/00/301790010.jpg>

Lug-info.com: Die Lugansker haben vor einem Jahr die Kontrolle über das Gebäude der Bezirksleitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine übernommen und bewiesen, dass niemand den Donbass auf die Knie zwingen kann. Dies erklärte heute bei einer Kundgebung anlässlich des Jahrestags dieses Ereignisses der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Gennadij Zypkalow.

„Der 6. April war der Wendepunkt in der ganzen Geschichte nicht nur der Ukraine, sondern der Welt. Wir haben am 6. April 2014 gezeigt, dass es nicht möglich ist, den Donbass auf die Knie zu zwingen, ihm Bedingungen zu diktieren. Wir haben unsere Position deutlich gemacht“, sagte er.

„Dieser Tag war für uns ein Wendepunkt, wir wussten, dass wir in das Gebäude des Sicherheitsdienstes gehen, aber wir wussten nicht, ob wir es wieder verlassen oder nicht“, fügte Zypkalow hinzu.

Der Vorsitzende des Volkssowjets unterstrich, dass viele, die an der Besetzung des Gebäudes des Sicherheitsdienstes der Ukraine teilgenommen haben, seitdem in den Kämpfen für die Freiheit des Donbass gefallen sind.

rusvesna.su: Oppositionelle haben am Morgen des 6. April beim Bürgermeister von Moskau den Antrag zur Durchführung einer Demonstration mit Kundgebung am 19. April abgegeben. Die Anmelder gehen von einer Beteiligung von 30.000 Personen aus....

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Nach Ansicht von Experten wurde der Tag der Protestaktion nicht zufällig gewählt, denn am nächsten Tag, dem 20. April, feiern russische Skinheads und pro-kiewer "Ultras" den Geburtstag Adolf Hitlers.

Auf diese Weise wollen die mit dem Kiewer Regime sympathisierenden, pro-westlichen Kräfte potenzielle pro-faschistische Kämpfer für ihre Ziele rekrutieren. Es scheint offensichtlich in Analogie zum „Rechten Sektor“ (eine in Russland verbotene neo-faschistische Organisation) in der Ukraine zu geschehen.

Dan-news.info: Die im von den ukrainischen Streitkräften okkupierten Slawjansk beginnende Aktion zum Kampf gegen den „alltäglichen Separatismus“ ist eine „neue Etappe der Einschüchterung und Vernichtung Andersdenkender“, erklärte der Sprecher des Parlaments der DVR Andrej Purgin.

„Dies ist eine „Hexenjagd“ und die Abschaffung grundlegender Menschenrechte und widerspricht UN-Dokumenten, die auch die Ukraine unterschrieben hat....

„Warum läuft dies in Slawjansk nun so? Weil die zivile Administration abgeschafft wurde, d.h. die Menschen, die jetzt zu Tode gequält werden, sitzen in den Gefängnissen auf dem Territorium der Überreste der Oblaste Donezk und Slawjansk auf Befehl von Poroschenko, die zivile Administration ist faktisch der Lastenträger der Militäradministration, d.h. man kann sich nicht bei der Polizei beschweren, man kann sich nicht bei der Staatsanwaltschaft beschweren“, sagte der Sprecher des Volkssowjets.

„Das ist gewöhnlicher Nazismus, nur ukrainischer“, endete Purgin.

Zuvor war heute auf dem sogenannten Portal von Slawjansk eine Mitteilung über den Beginn einer Aktion zum Kampf gegen den „alltäglichen Separatismus“ in der Stadt erschienen. „Ein alltäglicher Separatist, das ist ein Mensch, der unbewusst oder beabsichtigt Information streut, die die Integrität des Staates bedrohen. Der russische Symbole propagiert oder den Begriff „russische Welt“ verwendet, der die ukrainische Staatlichkeit in Zweifel zieht“, heißt es in dem Text. „Für solche Handlungen sind strafrechtlich vorgesehen: 10-15 Jahre Freiheitsentzug bis lebenslängliche Haft“. Die Organisatoren rufen die Einwohner auf den Besatzungsbehörden Erscheinungen des „alltäglichen Separatismus“ mitzuteilen.

de.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko hat nach Informationen des US-Magazins Forbes dem russischen Staatschef Wladimir Putin angeboten, die von Kiew abtrünnige Kohlebergbauregion Donbass nach Russland zu nehmen. Sein Angebot soll Poroschenko beim Vierer-Gipfel im Februar in Minsk unterbreitet haben.

Bei einem geschlossenen Treffen mit der Leitung des Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes soll Putin über seinen Dialog mit Poroschenko in Minsk informiert haben. „Er (Poroschenko – Forbes.) sagte mir ohne Umschweife: „Nehmen Sie den Donbass“. Ich antwortete ihm: „Du spinnst wohl? Ich brauche den Donbass nicht. Wenn sie ihn nicht brauchen, erklären sie ihn für unabhängig“, soll Putin laut Forbes geantwortet haben. Poroschenko soll daraufhin gesagt haben, dass die Ukraine den Donbass nicht finanzieren könne.

Ein weiterer Teilnehmer der Minsker Gespräche bestätigte Forbes, dass Poroschenko dieses überraschende Angebot wirklich unterbreitet habe.

„Poroschenko schlug Russland vor, die Finanzierung des Donbass zu übernehmen. Putin antwortete, dass dies nur dann denkbar wäre, wenn Donbass ein Teil Russlands wäre, doch Donbass gehöre jetzt zur Ukraine und die Ukraine müsse die Finanzierung tragen“, sagte der Informant.

Eine offizielle Bestätigung aus Kiew, Berlin und Paris konnte Forbes nach eigenen Angaben nicht bekommen. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat in einem Gespräch mit Journalisten abgelehnt, die Forbes-Meldung zu kommentieren. Der Chef des Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes, Alexander Schochin, sagte jedoch, dass Putins Worte in der Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Forbes-Meldung verdreht worden seien. „Das ist eine falsche Interpretation. Aber ich will weder kommentieren noch nacherzählen“, sagte Schochin.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30179/08/301790814.jpg>

novorosinform.org: Am Morgen gab es Berichte in den Medien, dass die ukrainischen Besatzer eine weitere Ortschaft erobert haben: Katerinowka. Das Dorf liegt vor dem letzten offiziellen ukrainischen Checkpoint.

De jure gehört das Dorf Katerinowka zur Gemeinde Berezovsky, die von der LVR kontrolliert wird, weshalb die ukrainische Seite das Dorf von der Finanzierung abgeschnitten und so ihre eigenen Aussagen über die "Einhaltung der Minsker Vereinbarungen" brach.



<http://storage.novorosinform.org/cache/d/5/049e1ae2783b4bef63b4ce3497ac02c1.jpg/w644h387.jpg>

Einheimische berichten über das Geschehen:

"Die bewaffneten Kiewer Nazis sind ins Dorf eingefallen. Auf dem Gebäude im Zentrum des Dorfes wurde die gelb-blaue Flagge gehisst und sie begannen mit Säuberungsaktionen und mit dem Terror gegen die Andersdenkenden. Einige Ortsbewohner berichten Massakern an pro-russischen Aktivisten aufgrund von Denunziationen.

Die ukrainischen Okkupanten versetzen das Dorf in eine Atmosphäre von Angst und Hass.“

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



<http://voicesevas.cdnvideo.ru/img/ef988a4351e6764ee175b496e23d304b.jpg>

**abends:**

Dnr-online.ru: Offizielle Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin Entsprechend Punkt 11 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 muss in der Ukraine eine Verfassungsreform durchgeführt werden, wobei ein Schlüsselement die Dezentralisierung der Ukraine ist. Dieser Punkt verlangt die Annahme einer ständigen Gesetzgebung über einen besonderen Status der Republiken. All dies muss mit Vertretern der Republiken abgestimmt werden.

Von unserer Seite ist in den Republiken schon eine gemeinsame Kommission gebildet worden, deren grundlegende Aufgabe die Realisierung der Punkte des Maßnahmekomplexes ist, insbesondere die Reformierung der Verfassung der Ukraine. Auch sind wir entschlossen die Gesetzgebung der DVR und der LVR zu synchronisieren. Wir haben uns schon mehrfach an die Kiewer Regierung mit dem Vorschlag des Beginns der Zusammenarbeit gewandt, aber keinerlei Antwort erhalten. Sie wollen mit uns nicht sprechen. Zurzeit verzögert die ukrainische Seite die Verhandlungen mit den Vertretern der Republiken.

Ich rufe den Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko auf, sofort Vertreter der Republiken in die Verfassungskommission aufzunehmen!

gefunden auf der Facebook-Seite von AntiMaidan:

Ein ukrainischer Wissenschaftler, derzeit in Oxford tätig, hat allen Ernstes gefordert, dass die ukrainische Armee russische Journalisten gezielt erschießen muss.

<http://hvylya.net/.../kak-ukraine-nuzhno-razgovarivat-s-zapad...>

Es wird keinen Aufschrei der "westlichen Wertegemeinschaft" geben. Den gab es schon im Sommer letzten Jahres nicht, als russische Journalisten tatsächlich gezielt erschossen wurden. Den gab es nicht, als man russische Journalisten auf die Sanktionslisten setzte. Den gab es nicht, als fast allen russischen Journalisten die Einreise in die Ukraine verboten

**Nutzungshinweis:**

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

wurde. Den gibt es auch jetzt nicht, wo der ukrainische Journalist Ruslan Kotsaba den 3. Monaten in U-Haft sitzt und ihm 15 Jahre Haftstrafe drohen für 3 Anklagepunkte: 1) Journalistische Tätigkeit im Donbass; 2) Teilnahme an einer Talkshow im russischen Fernsehen; 3) Video mit dem Aufruf, die Mobilisierung zu boykottieren. Die "westliche Wertegemeinschaft" ist verlogen.

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat 16 gefangene ukrainische Soldaten zum Ort der Übergabe an die Kiewer Behörden gebracht, berichtet ein Korrespondent vom Ort des Geschehens.

„Wir bereiten uns auf die einseitige Übergabe von 16 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte vor. Dies sind die letzten Kriegsgefangenen auf unserem Territorium“, sagte die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa. Sie fügte hinzu, dass Donezk Kiew diese Soldaten als Geste des guten Willens übergibt.

De.sputniknews.com: Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow ist Moskau bereit, Kiews Vorschläge zum Einsatz einer Friedenstruppe im Donbass im Rahmen des „Normandie-Formats“ anzuhören.

Eine solche Diskussion dürfe aber nicht ohne die Teilnahme von Lugansk und Donezk stattfinden, wie Lawrow am Montag in Moskau in einer Pressekonferenz sagte.

Er habe die Mitteilung des Präsidenten und des Außenministers der Ukraine über die Vereinbarung gehört, laut der die „Normandie-Vier“ über die Modalität und die Dauer einer Blauhelm-Operation sowie über die Zusammensetzung der Friedenstruppe verhandeln werde, so Lawrow. „Als höfliche Menschen sind wir selbstverständlich bereit, die Vorschläge unserer ukrainischen Kollegen anzuhören, wenn wir nächstes Mal im ‚Normandie-Format‘ auf der einen oder anderen Ebene zusammenkommen werden“, so Lawrow. Er betonte zugleich, es wäre sinnlos, ohne Lugansk und Donezk über irgendwelche neue Ideen zu diskutieren, die in Minsk nicht erwähnt worden seien.

„Wenn wir darüber aufgeklärt werden, warum wir unsere Bemühungen um die Verstärkung der OSZE-Mission auf halbem Wege unterbrechen sollen und warum die friedensstiftende Operation, die, wie allgemein bekannt, etwa ein halbes Jahr vorbereitet werden müsste, ein effektiveres Instrument ist, werden wir vielleicht auch die Motive für diese neue Initiative verstehen“, so der Minister.

Lawrow betonte, es sei unmöglich, ohne die Teilnahme von Lugansk und Donezk und ohne Berücksichtigung ihrer Meinung über den Einsatz einer Friedenstruppe im ukrainischen Konfliktraum zu sprechen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30179/43/301794393.jpg>

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: Die Ukraine hält 1378 Unterstützer der DVR fest. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa.

„1378 Menschen – dies sind unsere Unterstützer, die in der Ukraine geblieben sind“, teilte sie mit. „Zurzeit laufen Verhandlungen, aber ich wiederhole, es gibt kein Gesetz über die Amnestie. Die ukrainische Seite kann sie uns nicht übergeben“.

Nach ihren Worten hofft man in der DVR, dass man in Kiew trotz allem beginnt die in den Minsker Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, darunter auch die Regelung bezüglich der Amnestie.

Dan-news.info: Die Absprachen über die Übergabe von 16 Soldaten an Kiew wurde im Verlauf von Verhandlungen des Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko mit dem besonderen Vertreter zu humanitären Fragen, dem Vorsitzenden der gesellschaftlichen Organisationen „Ukrainische Wahl“ Wiktor Medwedtschuk getroffen. Dies teilte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit...

Sie unterstrich, dass die Rede von Soldaten ist, die im Gebiet vom Debalzewo und des Donezker Flughafens in Gefangenschaft geraten sind.

„Dies ist eine eigene Geste guten Willens, Es sind die, die sich sehr lange hier befinden. Die Ukraine hat sich nicht bemüht, sie freizubekommen – es rufen die Frauen, es rufen die Kinder an. Ich denke, dass dies beendet werden muss, ich hoffe, dass die ukrainische Seite sich auch so verhält“, fasste Morosowa zusammen.

Lug-info.com: Der Prozess des Austauschs von Gefangenen im Rahmen der Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen kann nach der Schaffung von Arbeitsuntergruppen wiederaufgenommen werden, erklärte heute der Bevollmächtigte der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Ich denke, der Prozess des Gefangenenaustausch kann im Rahmen der Arbeit einer der zu schaffenden Untergruppen wiederaufgenommen werden“, sagte er.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.